

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

83 (8.4.1914) Erstes Blatt

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-  
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.  
85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr.  
Postschalter Nr. 2650.  
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 P. Lokalinserate  
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 8 Uhr vorm., für größere Inserate  
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

### Das Geheimnis der Kaiserbriefe.

Von Kurt Eisner.

In den letzten Tagen haben innerhalb der leitenden Geistlichkeit der katholischen Kirche lebhafteste Verhandlungen stattgefunden, die zum Ziele hatten, die durch die Andeutungen über den Inhalt des Kaiserbriefes hervorgerufenen unerwünschten Wirkungen aus der Welt zu schaffen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen muß man die mehr als merkwürdige Erzählung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über den plötzlich wieder gefundenen Brief Wilhelms II. an die Landgräfin von Hessen auffassen. Das Berliner Regierungsblatt durfte natürlich diese auf den ersten Blick als innerlich sinnlos erkennbare Ablehnung nur dann veröffentlichen, wenn es sicher war, daß die Zentrumsblätter, die ja genau wie die christlichen Gewerkschaften unter die bischöfliche Aufsicht gestellt, dahin beeinflusst war, unter keinen Umständen den durch mehrere Abschriften bekannten Wortlaut des Kaiserbriefes zu veröffentlichen und so die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu widerlegen.

Die offiziöse Kundgebung versucht, die Nichtveröffentlichung des Briefes — durch die Veröffentlichung adven-  
turiert werden können — damit zu begründen, daß es sich um einen Privatbrief und eine Familienangelegenheit handle. Aber gerade der Inhalt dieses Briefes, wie er von Zentrumsblättern behauptet worden ist, hebt den Privat-  
charakter des Briefes auf. Wenn der Kaiser erklärt, daß er den Katholizismus hasse, daß er es als seine Lebensaufgabe betrachte, den katholischen Aberglauben auszurotten, so ist das nicht der Ausdruck einer Privatmeinung; ebenso wenig etwa, wie seine Äußerungen über die Schaffung einer Weltmachtflotte als Privatmeinung zu erledigen wären. Als Familienvater und Privatmann kann sich natürlich der Kaiser nicht die Lebensaufgabe setzen, den katholischen Aberglauben auszurotten; wie soll das ein einzelner Privatmann vermögen! Diese briefliche Wendung konnte nur bedeuten, daß er seine politische, ihm nach der deutschen und preussischen Verfassung zustehende Macht benutzen wolle, um den katholischen Aberglauben auszurotten. Die katholische Kirche muß, nachdem ihr einmal eine solche Äußerung zur Kenntnis gekommen, damit rechnen, daß ihr durch die herrschende Politik in Deutschland auf die eine oder andere Weise, früher oder später, der Untergang bereitet werden soll. Und da die katholische Kirche Deutschlands politisch im Zentrum organisiert ist, muß jene Äußerung, gerade dann, wenn sie in der Freiheit und unmittelbaren Überzeugungskraft eines Privatbriefes gefallen ist, von entscheidender Bedeutung für die ganze innere Politik werden.

Es somit die Nicht-Veröffentlichung des Briefes unter Berufung auf seinen privaten Charakter unhaltbar, so ist noch weniger die unfotografierbare und negative Inhaltsangabe des Regierungsblattes möglich. Wenn jener Brief „keinerlei Auspruch irgend welcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaisers zu ihnen enthält,“ so ist es vollkommen unerfindlich, warum dieser verwandtschaftliche Privatbrief dann von der Adressatin dem Kardinal Hopp übergeben worden ist, was ja die Erklärung zugeht. Nur in zwei Fällen hatte es einen Sinn, den Brief der Adressatin übergeben zu lassen: entweder, wenn er ein Zeugnis für die Feindseligkeit des Kaisers gegen die katholische Kirche war, oder wenn er von der schwärmenden Liebe des Kaisers für den Katholizismus als Urkunde verwendet werden konnte; daß aber das Schreiben des Kaisers aus dem zweiten Grunde den Weg nach Breslau gefunden hat, daß es etwa eine Gratulation für die Konvertitin gewesen sei, das weiß denn doch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht zu behaupten.

Das preussische Kaiserthum kann selbst dann, wenn sein persönlicher Träger innerlich katholisieren sollte, unmöglich mit der katholischen Kirche in ihrer jetzigen Verfassung befreundet sein; nicht wegen der protestantischen Konfession der Hohenzollern, sondern weil das halbabsolutistische Wesen der preussisch-deutschen Monarchie, ihrer Natur und ihrem Grundsatze nach, im schroffsten Widerspruch zu dem Anspruch der katholischen Kirche steht, daß sie die geistliche Souveränität über alle weltlichen Herrscher besitze. Die hierin liegende Konkurrenz ist insofern eine Konkurrenz der monarchischen Macht und nur solange erträglich, als sie sich der Krone unterordnet, das heißt, sich selbst preisgibt. Man lese darauf hin einmal alle die scheinbar fast überschwenglichen Subsidigungen durch die Wilhelm II. den eblen Herren der Kirche gewidmet hat. Immer münden diese Subsidigungen in die dringende Aufforderung, daß die Kirche ihre Gläubigen in Gehorsam gegen die von Gott gesegnete Schrift, gegen das Gottesgnadentum erhalten solle: die Kirche als Werkzeug der Krone!

Wenn man sich erinnert, wie wild Kirche und Zentrum schon zum Stürme zu blasen pflegten, wenn irgendwo eine

Äußerung gegen den Katholizismus gefallen, so ist das jetzige Verhalten der Zentrumsblätter scheinbar unbegreiflich. Erst vor kurzem schritt der Münchener Erzbischof mit einer feierlichen Kundgebung ein, fanden aufgeregte öffentliche Versammlungen statt, wurde im Bayerischen Landtag der Justizminister mit Erfolg aufgefordert, den Staatsanwalt gegen das kirchensüchtige Blatt vorzuschicken, als ein liberales Organ in geschichtlicher Betrachtung auf die Gefahren der katholischen Moral — für die Bergange-  
genheit — hingewiesen hatte. Und jetzt erträgt man gleichmütig das Bekenntnis der höchsten Person, daß es eine Lebensaufgabe sei, den katholischen Aberglauben auszurotten. Ja noch mehr, man läßt sich von dem Regierungsorgan vorwerfen, daß man den Kaiserbrief gefälscht habe und leichtfertig dem Kaiser derartige Meinungen angedichtet habe.

Diese sonderbare Toleranz ist die kräftigste Bestätigung der Auffassungen der „Quertreiber“, der Oppersdorff und Noeren, daß das heutige Zentrum und auch die Zentrumskirche religiös nicht nur feige, sondern sogar religiös nihilistisch sei. Die Zentrumskirche und das Kirchengzentrum in Deutschland sind in der Tat nichts weiter wie höchst weltliche Geschäftsorganisationen, die sich die Förderung ihrer persönlichen irdischen Interessen durch feinerlei Weltanschauung und durch keinen gefährlichen Eifer für religiöse Ideale mehr stören lassen.

Warum aber hat man den Inhalt des Briefes jetzt öffentlich angebeutet? Aus einem höchst unvorsichtigen und unüberlegten Agitationsbedürfnis der Zentrumsblätter! Man wollte ein bißchen Kulturkampfstimmung erzeugen, dadurch von den inneren Parteischwierigkeiten ablenken und zugleich durch das Aufgebot erregter katholischer Christenheit auf die Regierenden einschüchternd wirken — zur Förderung der politischen Zwecke. Aber die Rechnung war falsch. Es kamen keine elementaren Aufregungen zustande — um gefährliche Aufregungen zu riskieren, dazu ist das heutige Zentrum zu fett und fett — dagegen glaubte man zu beobachten, daß die von der Zentrumsblätter mitgeteilten kirchlichen Äußerungen den protestantischen Juror außerordentlich gefeigert hätten, so daß aus dem agitatorischen Spiel ein unerwünschter Ernst zu werden drohte. So trat man den Rückzug an, und die jetzige Veröffentlichung ist ein regierender Liebesdienst für das Zentrum.

Nicht alle Zentrumsblätter bekennen freilich so offen ihre Erleichterung wie die „Germania“, die ihrer Verleumdung „über die einwandfreie Aufklärung der Angelegenheit“ Ausdruck verleiht. Aber auch das führende Organ des bayerischen Kirchenstaates, der „Bayerische Kurier“, der eben erst behauptet hatte, auch den Wortlaut des Telegramms zu kennen, durch das die Landgräfin aus dem Hohenzollernhause ausgeschlossen wurde, lenkt verschüchtert ein, wenn sie auch indirekt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ befreit: das Dementi hätte einen ganz anderen Nachdruck gegeben, wenn zugleich der Inhalt des Briefes veröffentlicht wäre. Aber man werde diesen Weg nicht beschreiten, weil über die Wertung des Inhalts des sechs Seiten langen Briefes kaum Einhelligkeit erzielt werden könnte. — Das Zentrumsgeheimnis beizutheilen der Religion!

### Deutsche Politik.

#### Der Monist als Stadtrat und das übereifrige reußische Ministerium.

Wie schon gemeldet, hat das Ministerium von Reuß j. L. die Wahl eines bürgerlichen Stadtrates nicht bestätigt, weil dieser sich zum Monismus bekennt. Die Begründung sagt wörtlich:

Ueber die aus der Berufstellung des Gewählten hergeleiteten Bedenken kann hinweggegangen werden, auch mag es dahin gestellt bleiben, ob die Tatsache allein, daß Hartmann sich als Monist bekennt, also außerhalb der bestehenden Religionsgesellschaften steht, ihn zum Mitgliede eines Gemeindevorstandes ungeeignet macht. Denn selbst wenn die Verneinung der Frage sich mit der gesetzlich anerkannten Religionsfreiheit begründen ließe, so liegt hier der Fall wesentlich anders, da Hartmann nicht nur Monist ist, sich nicht mit seiner atheistischen Gesinnung genügt, sondern angriffsweise und agitatorisch gegen die christlichen Religionsgemeinschaften vorgeht.

Dies hat er sogar nach seiner Wahl zum Stadtratmitglied in einer am 7. Februar d. J. in Gera abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Monisten getan, er ist in dieser als Redner aufgetreten und hat unter Bekämpfung der in letzter Zeit im Fürstentum auf religiösem Gebiete erfolgten und geplanten gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen zum Austritt aus der Kirche aufgefordert und sich dadurch in besonderer Weise an der zurzeit von den Kirchengegnern aufs bestigste geschürten Austrittsbewegung beteiligt.

Die evangelisch-lutherische Kirche ist in Reuß j. L. Landeskirche . . . und die Bedürfnisse der Kirchengemeinde sind ausblicksweise durch die politische Gemeinde aufzubringen. Es sind daher unmittelbar und auch mit-

telbar Staatsbehörden in mehreren Beziehungen zu Maßnahmen im Interesse der evang. luth. Kirche verpflichtet und es kann nicht Mitglied einer solchen Behörde sein — als bloßer Staatsbürger kann er ja tun, was ihm beliebt — wer dieser Landeskirche nicht nur ablehnend gegenübersteht, sondern sie sogar öffentlich bekämpft.

Es ist deshalb nunmehr eine anderweite Wahl vorzunehmen . . .

Soweit das reußische Ministerium. Nun stellt sich aber heraus, daß das Ministerium mit dieser famosen Begründung obendrein noch fürchterlich hineingefallen ist. Denn was es auf das Konto des Rechtskonsulenten Wilhelm Hartmann setzt, hat der Zigarrenarbeiter Paul Hartmann auf dem Kerbholz. Es liegt also eine glatte Personenverwechslung vor. Unsere Genossen wurden deshalb beim Ministerium vorstellig und erhielten die Zusage, daß die Angelegenheit nochmals erörtert werden würde. Man darf wohl gespannt sein, wie sich das übereifrige Ministerium aus dieser Zwidmühle befreien wird.

#### Notizfrei eines bürgerlichen Gemeindefolkiums über den Wahlterror der Rechenherren!

In der Gemeinde Freienbruch bei Bochum terrorisierte die Verwaltung der Zeche „Eintracht-Tiefbau“ bei den Gemeinderatswahlen seit Jahren die von ihr abhängigen Wähler wie die den Rechenlandkandidaten entgegen-  
gestellten bürgerlichen und Arbeiterkandidaten. So wurde einem bürgerlichen Kandidaten, Spezereiwarenhändler, die Existenz genommen, indem eine Verkaufsstelle des Rechenfondvereins in einem nebenan liegenden Hause eingerichtet und von den Rechenbeamten und Arbeitern verlangt wurde, fortan nur im Rechenladen zu kaufen. Bei der letzten Wahl (im November 1913) jagte der Obersteiger Wilhelm Günther am Tage vor der Wahl zu den Arbeitern: Ich bin beauftragt, Ihnen zu sagen, daß Sie morgen den Betriebsführer Girschfeld zu wählen haben und wenn Sie das nicht tun wollen, dann werden Sie gefündigt!

Einige Steiger haben den ihnen gewordenen Auftrag zwar in der Form etwas milder, dem Sinne nach aber genau so strikte ausgeführt. Es ist den Wählern, die Arbeiter der Zeche „Eintracht-Tiefbau“ sind, gesagt worden: „Wenn Sie dem Betriebsführer Girschfeld Ihre Stimme nicht geben, dann haben Sie die Folgen zu tragen, bedenken Sie aber, daß diese schwer sein können.“ Man hat die Arbeiter aus der Grube geholt und sie zum Wahllokal geführt und sie auf Kommando den Rechenlandkandidaten wählen lassen, wie das auf vielen Zechen und Werken des westfälischen Industriegebietes so gemacht wird.

Jetzt hat sich die Gemeindevertretung, einschließlich des Gemeindevorstandes und dessen Stellvertreter, im ganzen vier Zentrumsleute, zwei Liberale und ein Sozialdemokrat in einer Eingabe an den preussischen Landtag, an die Fraktionen des Reichstags und an den Minister des Innern gewandt und unter Hinweis auf diesen Terror die Notwendigkeit der Einführung der geheimen Wahl begründet. Es heißt in der Eingabe:

„Wenn der Wähler befürchten muß, wegen seiner Wahlentscheidung Arbeit und Brot zu verlieren, dann wird er seine Entscheidung nicht nach bestem Wissen und Gewissen treffen können, sondern dann wird er als Höriger dem Kommando derer folgen, deren Brutalität er ausgeübt ist. Die Wähler der zweiten Abteilung, die in der Hauptsache dem Terrorismus ausgesetzt sind, sind Bürger der Gemeinde, die vielfach mit Haus und Grundbesitz an dem Wohl und Wehe der Gemeinde interessiert sind. Dieses Interesse an der Entwicklung und dem Schicksal der Gemeinde ist mindestens ebenso groß als das Interesse des Grubencapitals, welches, wenn sich anderswo eine bessere Vergütung bietet, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gemeinden auswandert und die Betriebsstätte zum Stillliegen bringt.“ Zum Schluß heißt es dann: „Wenn bei dieser Tendenz auch noch die Gesetzgebung ermöglicht, daß durch den hier geschilderten Terrorismus die Zusammenfassung des Gemeindefolkiums nichts anderes ist als eine Interessenvertretung des Industriefapitals, dann kann an eine gedeihliche Entwicklung der Gemeinde nicht mehr gedacht werden. Dann kann aber auch von Bürgerrecht und Bürgerfreiheit im preussischen Vaterlande nicht mehr die Rede sein.“

Diese Eingabe ist gleichzeitig eine treffende Kritik der nationalliberalen und Zentrums-Partei, deren Politik solche Zustände möglich macht. Die bürgerliche Presse unterschlägt mit wenigen Ausnahmen diese Tatsachen, weil der direkte oder indirekte Einfluß des Rechen- und Industriefapitals bis in die bürgerlichen Redaktionen hineinreicht.

#### Die Handlungsgehilfen und die Konkurrenzklause.

Eine Meldung bürgerlicher Blätter besagt, daß die Mehrheit der organisierten Handlungsgehilfen, welche durch die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ vertreten ist, der „Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig“, der „Verein für Handlungsgehilfen von 1858“ und der „Verband kaufmännischer Vereine“ (St. Frankfurt a. M.) angehören, gegenüber dem „Unannehmbar“ der Regierung in Sachen der Konkurrenzklause auf dem Standpunkt steht, daß sie eine Regelung unbedingt ablehnen, welche vorsieht, daß der bestehende Rechtszustand betr. Klause auf Erhaltung

ge Vorrat  
3.95 4.45  
2.75 3.25  
3.75 4.25  
Paar 6.90  
Paar 7.90  
hirm  
ren, unsere  
albeide, mit  
lerne Größe  
3.40  
tikel!  
uch & C  
mell=  
ha fen  
5 Pfg.  
lade=  
reier  
5 Pfg.  
Cier  
5 Pfg.  
hen=  
reier  
10 Pfg.  
ch & C  
H  
Strümpfe  
in abgeben  
legenheit.  
Kronenkrone  
id.  
Kupferveredelung

nach den Wünschen der Regierung geändert wird. Der Wunsch der Regierung bedeute eine so große Verschlechterung für die Handlungsgehilfen, daß damit die übrigen Zugeständnisse nicht aufgewogen seien. — Das ist also auch eine glatte Ablehnung des Regierungsvorschlages über die Regelung der Konkurrenzklause.

Die konfessionelle Meute

wurde in den letzten Tagen im Rheinland gegen das „Komitee konfessionslos“ losgelassen. Dieses Komitee hat eine Agitation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet veranstaltet. Wie übel den Referenten und den Veranstaltern dabei mitgespielt worden ist, wird in der „Post“ mit offenkundigem Behagen erzählt. In Düsseldorf und Bochum sprachen über „Gewissenszwang und kirchlichen Austritt“ Fr. Janasch, Sekretärin des Vereins für weltliche Schule und Moralunterricht in Berlin, Rechtsanwält Dr. Schüding aus Dortmund, der frühere Bürgermeister von Sufum und Dr. Kramer, Sprecher und Lehrer der Freireligiösen Gemeinde in Düsseldorf. In Düsseldorf kam es in der Aussprache bald zu scharfen Zusammenstößen zwischen orthodoxen Protestanten und den Anhängern des zum Kirchenaustritt auffordernden Komitees. Es entstand derart anhaltender Lärm, daß die Versammlung sich von selbst auflöste. In Bochum ging nach dem Bericht der „Post“ der Lärm gegen und für in das Singen von Liedern über. Die Katholiken sangen „Großer Gott, wir loben dich“, die Protestanten „Eine feste Burg ist unser Gott“, die Arbeiter sangen die Marseillaise. Der überwachende Polizeibeamte löste die Versammlung auf.

Dem sich so christlich gebärdenden Blatt ist dieser Ausgang der Versammlung ganz nach dem Herzen. Er ist aber nur ein Zeichen dafür, daß hier noch viel Aufklärung nötig ist.

Komödie mit der Arbeitslosenversicherung

spielen in Bayern die Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Rathhäusern verschiedener Städte. Trotzdem die bayerische Regierung in den Etat pro Jahr der Finanzperiode 75 000 Mk. eingelegt hat, für Zuschüsse an die Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einführen, und die Liberalen wie Zentrumsvorteiler im Landtag mit wenigen Ausnahmen für die Arbeitslosenversicherung eintreten, verhalten sich die Vertreter der genannten Parteien in den Gemeinden vielfach gerade umgekehrt. In den Städten mit der rüstständigsten Gemeindevertretung gehört Würzburg. Bereits im Januar dieses Jahres hatte sich das Gemeindefollegium mit einem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der Arbeitslosenversicherung zu befassen. Er wurde mit 32 gegen 10 Stimmen (darunter 5 sozialdemokratische) abgelehnt. Inzwischen wurde die Frage im Landtag nochmals ausführlich behandelt und die oben erwähnte Summe in den Etat eingelegt. Es liegt also ein fester, greifbarer Beschluß vor, wonach die Gemeinden ein Drittel ihrer für die Arbeitslosenversicherung gemachten Aufwendungen von der Staatsregierung zurückerstattet erhalten. In Anbetracht dieser veränderten Verhältnisse stellten die sozialdemokratischen Vertreter im Gemeindefollegium erneut den Antrag, in den Etat für 1914 den Betrag von 10 000 Mk für eine Arbeitslosenversicherung einzusetzen. Die Form und die näheren Bedingungen dieser Versicherung sollte einer späteren Beratung und Beschlussfassung unterliegen. Und was war das Schicksal dieses neuerlichen Antrages? Abgelehnt von der bürgerlichen Mehrheit! Nicht direkt zwar, sondern „vertagt“. Die gleiche Mehrheit, die den Antrag vertagt, lehnt ihn später ganz ab. Das ist tödlich. Bekämpft wurde der Antrag am meisten von den Liberalen Vertretern; mit besonderer Heftigkeit wettete der Führer der vereinigten Liberalen, ein Kaufmann, der sich zur Fortschrittspartei zählt, dagegen. Vom Zentrum waren bei der diesmaligen Besprechung einige bewilligungsbereite geworden, sodas bei dieser Partei 5 oder 6 von insgesamt 15 Vertretern für die Arbeitslosenversicherung eintreten werden. Die Liberalen sind fast einstimmig gegen die Unterstützung der Arbeitslosen. Trotz der Landtagsbeschlüsse!

Jonas Angermann.

Erzählung von Ludwig Nordström. Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

„Du willst also das Haus nach Osten und Westen legen?“ „Scheint so!“ antwortete Angermann ruhig und beharrlich. Da machten sich die Fischer wieder auf den Heimweg, und als sie in die Hafentstraße kamen, sagte der alte Gardin: „Er ist rein wunderbar!“ „Ja“, meinte ein anderer, „richtig ist's nicht mit ihm.“ Aber nach einem langen Stillschweigen sagte schließlich Janne Rodneus: „Von heute an ist es wohl am besten, wenn wir hier im Hafen alle nach Osten und Westen bauen.“ Mit seiner schweigsamen Starrköpfigkeit hatte Angermann die Macht Jahrhunderte alter Traditionen in Dvärhamn gebrochen. Zu jener Zeit betrieb man das Fischen nicht in derselben Weise wie heute. Erstens ging der Strömung näher an die Küste heran, so daß man sich während des ganzen Vorkommers nur einer Art Reicher bediente, d. h. den Fang in der Nähe der Ufer betrieb, und wenn man dann am Jakobitag, dem 25. Juli, zu den großen Treibnetzen überging, dann setzte man diese direkt im Auslauf des Hafens aus und zog sie bei Sonnenaufgang voll und silberglänzend aus dem Wasser. Zweitens hängen die Strömungsseichter zu kläglichen Fischen gerüstet als Schutz über den Gartenbeeten, und die Fischer setzen sogenannte Stellnetze in das Vorkommersmeer, tiefe, verankerte Garne, die vom Abend bis Morgen stehen und oft leer heraufgeholt werden, wenn die Sonne über den Horizont steigt, und während der Zeit, wo mit Treibnetzen gefischt wird, muß man sich auf Klippen und öde Inseln hinausbegeben, die Nacht auf offener See zubringen und dabei noch Gott danken, wenn man am Morgen einige Fische heimbringt. Gerade zu Angermanns Zeit stand der Strömung zu ganzen Scharen zusammengebrängt an der Küste, die Holzbohrer hatte noch nicht angefangen, Dampfschiffe gab es nur wenig, die See war einsam, leer und öde wie in den

Nicht katholikenfeindlich, doch antikerikal!

Unmittelbar, nachdem die Behauptung, Wilhelm II. habe sich für einen Feind der katholischen Religion erklärt, ihre offiziöse Widerlegung gefunden, wird ein anderer Ausspruch Wilhelms II. bekannt, der ihn als einen entschiedenen Gegner des Zentrums zeigt. In einem neuen, bei Breitkopf u. Härtel erscheinenden Buch des Grafen Hoensbroech „Das Zentrum“ wird erzählt, daß der Graf im Jahre 1896 eine Unterredung mit Wilhelm II. gehabt habe, in der vom Ultramontanismus die Rede gewesen sei. In dieser Unterredung will der Graf auf die Frage Wilhelms, wie er sich zum Ultramontanismus verhalten solle, geantwortet haben, er möge den Papst als das religiöse Oberhaupt der Katholiken, nicht aber als weltlichen Fürsten behandeln. Darauf habe ihm Wilhelm gesagt: „Seien Sie überzeugt, lieber Graf, ich bin antikerikal! Tal bis auf die Knochen, und meine Regierung wird es durch mich sein.“

Dieser vom Grafen Hoensbroech zitierte Ausspruch hat von vornherein viel mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die vielerörterte angebliche Wendung in dem Brief an die Landgräfin von Hessen. Als Feind der katholischen Kirche hat sich Wilhelm II. niemals betätigt, viel eher kann seinem romantischen Gemüt eine gewisse Hinneigung zur katholischen Tendenz zugeprochen werden. Das Zentrum aber ist Wilhelm niemals sonderlich sympathisch gewesen; nicht weil es zur katholischen Kirche steht, sondern weil es als parlamentarische Partei seinen Einfluß im Reichstag gelegentlich in einer Weise ausgenützt hat, die nach den Empfindungen des Kaisers auf eine Minderung seiner absoluten Herrschergewalt hinausläuft. Für die absolutistische Denkweise Wilhelms II. ist es ja auch kennzeichnend, daß er meint, wenn er antikerikal sei, müsse es auch seine Regierung sein. Die Tatsachen haben ihm da nicht immer recht gegeben, denn die Regierung braucht das Zentrum im Reichstag und im preussischen Dreiklassenhaufe zu notwendig, um sich den Luxus eines stramm antikerikalen Kurzes gestatten zu können. Ein so komplizierter Mechanismus wie der des preussisch-deutschen Staatswesens kann nicht immer nach kaiserlichen Sentiments gesteuert werden. Eine an der Spitze des Reichs herrschende antikerikale Gesinnung hätte auch nur dann wirksam werden können, wenn sie sich auf die freireligiösen Strömungen im Volke gestützt hätte. Davon kann aber unter Wilhelm II. keine Rede sein. Der Merikalismus findet ja in kaiserlichen Augen doch nur deshalb keine Gnade, weil er noch immer nicht genug konfessionell ist.

Badische Politik.

Fortschrittliche „Kalomes“.

Wir haben kürzlich dem „Landesboten“ nachgewiesen, daß er mit seinem Artikel „Die nicht zahlen wollen“ in Widerspruch geraten sei mit seiner Haltung bei der letzten deutschen Milliarden-Rüstungsvorlage. Wir haben insbesondere darauf hingewiesen, mit welchen Verrentungen das Blatt den Rüstungsseifer des damaligen Reichstagskandidaten Dr. Haas verteidigte, während jetzt auf einmal der „Landesbote“ haben will, daß wegen der ewigen Rüsterei den Bürgern einmal die Augen aufgehen sollen. Großspurig wie immer schreibt darauf der „Landesbote“ in seiner Montagnummer:

In voller Uebereinstimmung mit allen unseren Reichstagsabgeordneten hat der „Landesbote“ jederzeit gegen die fortwährenden Rüstungstreiberfront gemacht, er hat auf die Unsinngigkeit des Betreffens hingewiesen und einer internationalen Verständigung über die Rüstungen das Wort geredet. Wir waren und sind aber Realpolitiker genug, um einzusehen, daß Deutschland auf diesem Gebiete nicht einseitig vorgehen kann, sondern daß eine Verständigung nur auf internationalem Wege möglich ist. Es wäre ein Verbrechen, unsere Rüstung nicht auf der Höhe zu halten, wenn und solange die ganze Welt um uns her in Waffen harret und wir so gefährliche Nachbarn, wie Frankreich und Rußland, haben. Von diesem Gesichtspunkt aus ist der „Landesbote“ an die Beurteilung der letzten Rüstungsvorlage herangegangen; er hat diese Vorlage für notwendig erklärt,

ohne darum auch nur ein Jota von seiner Meinung abzugeben, daß eine internationale Verständigung der Kulturstaaten mit allen Mitteln zu erstreben ist. Solange diese Verständigung aber nicht erreicht ist, bleibt uns gar nicht anderes übrig, als Heer und Flotte auf der Höhe zu halten!

Das war und ist der Standpunkt des „Landesboten“, der sich mit dem Herrn Abg. Dr. Haas völlig deckt und der Verständigung findet bei allen Leuten, deren Blick für die realen Tatsachen nicht durch — sozialdemokratische Phrasen getrübt ist.

Eine derartig nichtsagende, unlogische und phrasenhafte Polemik gegen uns ist uns schon lange nicht mehr zu Gesicht gekommen. Fest steht doch einmal, und das dürfte der größte fortschrittliche Mundarobart nicht wegdiskutieren können, daß Deutschland damals mit seiner Milliardenrüstungsvorlage vorangegangen ist. Die anderen Staaten mußten notgedrungen nachfolgen auch wenn ihnen, wie z. B. Frankreich, der Atem schon ausgegangen ist. Da Deutschland bereits einen Vorsprung hatte, war das also ein Vorgehen, das einer internationalen Verständigung direkt entgegenarbeitete. Bis die kapitalistischen Klassenstaaten sich auf diesem Gebiete einmal verständigen kann der „Landesbote“ mitamt der fortschrittlichen Volkspartei dreimal Meite machen.

Was der „Landesbote“ in dieser Frage bis jetzt von sich gegeben hat, ist nichts wie ein hilfloses Gestammel zur Verteidigung einer unhaltbaren Position, ohne Logik und Grundsatze.

Zeit nationalliberal.

Der „Deutsche Volksbote“, Wochenchrift der nationalliberalen Partei Badens, gibt in seiner neuesten Nummer vom 5. April ein Resümee über die bisherigen Verhandlungen. Dabei kommt der „Volksbote“ auch auf den denkwürdigen Umfall der Nationalliberalen in der Münchener Gefandtschaftsfrage zu sprechen. Wie er das macht, läßt deutlich erkennen, daß ihm die Sache unangenehm ist. Deshalb schreibt er kurz:

Viel Staub wirbelte es auf, daß die Nationalliberalen die Mittel für die Münchener Gefandtschaft bewilligten. Dem Zentrum zuliebe haben sie es jedenfalls nicht getan und wenn man ihrer Begründung der veränderten Stellungnahme nicht glauben will, so ist das ja Sache des Beurteilers. Viele Worte sind da gar nicht angebracht: Die Dinge gehen wie doch so, wie sie gehen.

Punktum, fertig, Surreal! Also „viele Worte sind da gar nicht angebracht: Die Dinge gehen ja doch, wie sie gehen.“ Demnach braucht man also die Nationalliberalen überhaupt nicht und ihre ganze parlamentarische Arbeit ist für die Katz. Der in obigen beiden Sätzen zutage tretende vollständige Fatalismus läßt nicht viel Vertrauen auf die Macht der Volksvertretung den herrschenden Gewalten gegenüber erkennen. Das Volk mag hieraus ersehen, daß es verkauft und verraten ist, wenn es seine Geschicke in die Hand irgend einer bürgerlichen Partei legt, sie mag bestehn wie sie will. Traurige Vertreter der Volksinteressen, die nicht den Mut und die Kraft haben, die Streichung einer Position, die so unnötig wie ein Kropf ist, aufrecht zu erhalten, weil sie hintennach gesehen haben, daß sie mit ihrer Courage „oben“ angefohlen haben und die Regierung partout Wert auf den Weiterbestand einer „Gefandtschaft“ in München legt. Unbedingter Verlaß ist nur die Sozialdemokratie. Das hat man hier wieder gesehen. Die 25 000 Mark hätte man für wichtigere Zwecke verwenden können, als für eine ebenso lächerliche wie unnötige dynastische Spielerei.

Zentrumschriftliche Freiheit.

Der „Badische Beobachter“ beginnt in seiner gefrigen Nummer mit einer Artikelserie „Freireligiöse Lehren“, in welcher die letzte Aktion des Ministeriums Böhm gegen die freireligiösen Gemeinden Badens behandelt werden soll. Der erste Artikel beginnt:

Nach einer Mitteilung der Freiburger „Volkswoche“ (Nr. 79), die schon wiederholt für die Freireligiösen, im Widerspruch zum „berühmten“ Programm: „Erlösung der Religion zur Privatangelegenheit“, eingetreten ist, hat das Kultusministerium der freireligiösen Gemeinden in Freiburg den Befehl gegeben lassen, daß sie nicht befugt sei, die Erteilung von Religionsunterricht an ihre Kinder auf Grund des § 41 des Schulgesetzes über die Anstellung eines freireligiösen Lehrers

Lagen der Schöpfung, und mit geruhigem Gleichmut hielten die Fischer wie in Christi Zeiten ihre Netze ein, und ein hoher himmlischer klarer und zurechtlicher Himmel wölbte sich über ihrem langen Leben.

Mehr als hundertjährige Verordnungen hatten die Fischergerichte in strenge Formen gepreßt; sowohl zwischen den Fischern untereinander als auch zwischen den Fischern und Inselbauern waren besondere Verträge eingegangen worden, die von den Landeshauptleuten gesetzliche Kraft erhielten und hernach den Hafensbewohnern zur andern Natur wurden.

Aber im Jahre 1852 wurde die alte Hafensordnung aufgehoben, und seitdem mußte man nicht mehr recht, woran man war. Immerhin ging es so ziemlich ruhig in den alten Geleisen weiter, und es sah aus, als ob alles unverändert bis zum jüngsten Gericht beim alten bleiben sollte.

Nun konnte wirklich kein Mensch den Fischern den Vorwurf machen, daß sie sich unnötig anstrengten oder in Sturm und Unwetter unsern Herrgott versuchten. Man hätte beinahe wünschen mögen, daß sie ein bißchen weniger vorsichtig gewesen wären, aber sie kannten ja auch die Gewalt der Meeresströmungen und wußten, daß rascher noch als man einen herzlichen Seufzer ausstößt, die Strömung sämtliche ausgelegte Netze wegziehen konnte, und das bedeutete vollständige Armut, Not und Untergang. Außerdem darf man auch nicht vergessen, daß sie durch den ständigen übermäßigen Brandweingenuß mehrerer Generationen eine bedenkliche Einbuße an Kraft und Unternehmungslust erlitten hatten, daß Garn und Reinen und alles andere Material schwer zu beschaffen, daß harte Geld eine Seltenheit war und daß die Entfernungen zum Meer so groß als heute, wo die guten Verbindungen jede Meile zum Kilometer oder noch weniger zusammen schrumpfen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Mittwoch, 8. April. A. 51. „So ist das Leben“, Schauspiel in 3 Akten und 9 Bildern mit einem Prolog von Franz Schreyer. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

... durch die sehr erheblichen Kosten der Land- und Seefahrt ...

durch die Stadt zu verlangen". Darob ist die „Volkswacht“ sehr erobert und ruft zum schärfsten Protest gegen den Wähler-Erlaß auf. „Volkswacht“ und freireligiöse Gemeinde wollen dafür sorgen, daß dieser Protest sich auf das ganze Land ausdehnt. Auch im Landtag wird wahrscheinlich der Kultusminister Rede und Antwort stehen müssen.

Der Artikel schließt:

Darnach — d. h. nach den Dogmen der Freidenker — stehen die Freireligiösen auf demselben Standpunkt wie die Freidenker: sie lehren den nackten Unglauben und bekennen sich zum Materialismus oder Pantheismus; sie sind frei von Religion. Wenn sie gleichwohl noch mitunter die Worte „Gott“, „Religion“ für sich in Anspruch nehmen, so treiben sie Mißbrauch mit diesen schon längst fixierten Begriffen, um das unwissende Volk zu täuschen. Doch das soll ihnen nicht geschehen. Wir werden es und zu in das Freidenkertum, mit dem sich die Sozialdemokratie auf Gebiet und Vererb verhält, heineinleuchten.

Demnach braucht man also die folgenden Artikel überhaupt nicht zu lesen. Das Zentrum hat auf dem Standpunkt, daß nur die Dogmen der bestehenden Religionsgemeinschaften ein Recht auf Erfindung haben, die Freireligiösen nicht. Eine nette Auffassung der Gewissensfreiheit. Alle Begriffe von Recht und Freiheit sind damit auf den Kopf gestellt.

Dabei wirft der „Badische Beobachter“ mit nicht mehr zu überbietender Inzornie die Bestrebungen der Freireligiösen mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm in einen Topf. Gerade weil die Sozialdemokratie für ihren Programm: „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“, verteidigt sie die Rechte der Freireligiösen gegen die aufgedunsene Annahme eines bornierten Pfaffenstums. Das gleiche Recht, das für die Katholiken, Protestanten und Juden gilt, gilt auch für die Freireligiösen und umgekehrt. Das ist sozialdemokratischer Grundsat. Daß das Zentrum dafür kein Verständnis hat, kommt uns nicht überraschend. Das Zentrum hat sich von jeher als die Partei für vollendete Unfreiheit auf allen Gebieten gehandelt. Alles, was der Volkserhebung einigermaßen entgegenarbeitet, ist ihm ein Greuel.

Ein Konservativer gegen das Reichstagswahlrecht.

Ein Mitglied der badischen Konservativen Partei, Oberamtmann Dr. Heinze vom Verwaltungsamt, hat ein Buch über die Reform im Vollzug des Reichstagswahlrechts geschrieben. Darin beschäftigt er sich in der üblichen preußisch-konservativen Weise mit dem Reichstagswahlrecht, bemängelt dies und das, um schließlich über es das Verdikt zu fällen, daß es „revolutionär, ungerecht, für das geschichtliche Volkstum wie für die Volkswirtschaft schädlich“ sei.

Es ist ja nichts Neues, was hier Herr Dr. Heinze „entdeckt“, vielmehr spricht er nur die alten, ausgefahrenen, sinnlosen Phrasen der preußischen Junker nach. Immerhin ist seine Offenherzigkeit nicht ohne Wert, weil sie zeigt, daß im Punkte des Reichstagswahlrechts die badischen Konservativen nicht um ein Gran anders denken als die eingetragenen preußischen Junker. Diese Partei aber, die so abfällig über das allgemeine und gleiche Wahlrecht urteilt und die, wenn sie nur könnte, es nur zu gerne beiseite schieben möchte, genießt im Reich und in allen Bundesstaaten die allseitige Unterstützung des Zentrums, in Baden gar läßt sie nur dank dieser Förderung des badischen Zentrums.

**Kommunalpolitik.**

Mieterverein und 2. Hypothekendarlehen.

Der Seidelberger Mieterverein, der über 700 Mitglieder zählt, sah in seiner am 4. d. M. stattgefundenen Generalversammlung einstimmig die nachstehende Entschließung, die, nachdem sie den übrigen badischen Mietervereinen zur Beschlussfassung vorzulegen hat, in einer Eingabe der badischen Regierung und den Ratskassen überzweien werden wird. Es dürfte nicht schaden, wenn allerwärts, ganz besonders die Mieter, zur Frage der Abgabe 2. Hypotheken aus öffentlichen Mitteln Stellung nehmen würden. Die Entschließung lautet:

Die Agitation der Grund- und Hausbesitzervereine hat dazu geführt, daß in verschiedenen Gemeinden bereits Institute zur Beschaffung 2. Hypotheken mit Garantie der betreffenden Gemeinden geschaffen sind und will man auch weitere bezartige Organe schaffen und den Staat ebenfalls für diese Bestrebungen gewinnen. Indem man behauptet, daß dem Grundbesitz geholfen werden müsse, wird einseitig das Interesse von Verleugern begünstigt, die der allgemeinen Unterstützung viel weniger bedürftig sind, als die Klasse der von den Hausbesitzern abhängigen Mieter und es fragt sich, welche Stellung letztere zu diesem Begehren einnehmen sollen. Zunächst muß das betont werden, daß Staat und Gemeinde von ihrem Standpunkt und von dem der Steuerzahler aus dafür zu sorgen haben, daß die Beschaffung nur dann erfolgen kann, wenn durch eine zuverlässige Schätzung der zu beschaffenden Objekte festgestellt, daß eine genügende Sicherheit für die zu gewährenden Darlehen gegeben ist und wird deshalb bei Beschaffung aller Häuser größte Vorsicht am Platze sein und sollten in erster Linie neue Bauten, besonders aber Kleinwohnungen, beiliegen werden. Will man aber anerkennen, daß ein allgemeines Darlehenswesen vorliegt, daß Hausbesitzer solche Darlehen von öffentlichen Körperschaften gewährt werden, so muß nicht nur das Interesse der durch öffentliche Hilfe zu dauernden Besitzern gewordenen Personen gewürdigt, sondern auch jenes der von ihnen abhängigen Mieter berücksichtigt werden; denn es ist eine nicht zu bestrittene Tatsache, daß gerade der weniger gut Situierte, wenn er zur Miete kommt, diese dem minder Kräftigen gegenüber ausbeutet. Will man keine Mietunternehmer durch öffentliche Hilfe schaffen oder erhalten, so erfordert es das Interesse der von ihnen abhängigen Leute, daß die Bedingungen der Mietverträge, die ja in der Regel von dem wirtschaftlich Stärkeren dem Schwächeren auferlegt werden, durch unabhängige Dritte festgesetzt werden und entspricht es zweifellos der Gerechtigkeit, wenn öffentliche Hilfe eintritt, solche nicht nur der einen, sondern auch der anderen Bevölkerungsklasse zu gewähren. In England wird von dem Minister Lord George der Vorschlag gemacht, das Pachterhältnis überaus einheitlich durch eine öffentliche Behörde, den sogenannten Land-Court, regeln zu lassen, ohne daß der Staat dem Verpächter einen Vorteil oder Gegenleistung bietet und dürfte deshalb bei uns im Falle der Gewährung öffentlicher Hilfe erst recht am Platze sein, daß die Mietbedingungen nicht mehr von dem Pächterwillen, sondern durch eine Behörde festgesetzt werden.

Die Mietervereine sollten deshalb den betr. Verwaltungsorganen folgenden Antrag unterbreiten:

Falls die Gewährung zweiter Hypotheken durch Staat oder Gemeinde im Wege der Gesetzgebung oder Verordnung beschloffen werden sollte, die nachstehenden Bestimmungen gleichzeitig einzutreten zu lassen:

1. In erster Linie sind gemeinnützige Baugenossenschaften, welche den Kleinwohnungsbaubau hauptsächlich fördern, durch Uebernahme 1. und 2. Hypotheken zu unterstützen.

2. Die Gewährung von Darlehen als Hypotheken an zweiter Stelle auf Hausgrundstücke durch staatliche oder andere öffentliche Kassen wird davon abhängig gemacht, daß sich der Darlehensnehmer verpflichtet, die Festsetzung der Bedingungen der Mietverträge besonders die Höhe des Mietzinses der in dem betreffenden Anwesen vermieteten oder zu vermietenden Wohnungen einer hierfür zu berufenden Behörde derart zu überlassen, daß die Bestimmung dieser Behörde für alle Verträge maßgebend ist, daß eine davon abweichende Bestimmung für keinen der Vertragsteile bindend ist.

3. Die betreffende Behörde setzt sich zusammen aus einem höheren Verwaltungsbeamten als Vorsitzenden und je einem von der betr. Gemeindeverwaltung zu bezeichnenden Mitglied aus Vermieter- und Mieterkreisen. Die so festgesetzten Bedingungen haben für die ganze Dauer des Darlehensvertrages Gültigkeit.

**Soziale Rundschau.**

Sechs Jahre Kampf um die Unfallrente. Wie schwierig heute unfallverletzten Arbeitern durch die Berufsgenossenschaften der Kampf um die Rente gemacht wird, beweist die Lebensgeschichte eines halleischen Arbeiters, die durch Zuspriechung der Rente durch das Schiedsgericht zu Merseburg nach sechsjährigem Kampfe jetzt ihren Abschluß gefunden hat.

Der Arbeiter S. erlitt im Juli 1908 im Betriebe der städtischen Straßenreinigung einen Betriebsunfall, eine erhebliche Kopfverletzung und Querschnitten über dem Hüftbein. Am Hinterkopf des Verunglückten entstand kurz nach dem Unfall eine gefährliche Bluterguß, gleichzeitig stellten sich epileptische Anfälle ein, die den Arbeiter arbeitsunfähig machten. Nachdem die Tiefbauberufsgenossenschaft und das Schiedsgericht die Entschädigungspflicht abgelehnt hatten, entschied das Reichsversicherungsamt nachmalige Begutachtung und Verhandlung des Verletzten. Dabei wurde von dem Oberarzt der Universitätsklinik zu Halle der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Epilepsie als höchstwahrscheinlich festgestellt, worauf das Reichsversicherungsamt Juli 1911 dem Verletzten die Rente dem Grunde nach zusprach. Im Januar 1912 bewilligte die Berufsgenossenschaft dem gänzlich Erwerbsunfähigen eine Rente von 15 M. monatlich. Da sich die Krankenkasse für verschiedene Leistungen schuldig hielt, wurden dem armen Teufel ganze 10 M. im Monat ausbezahlt. Schließlich nahm sich das halleische Arbeitersekretariat des verletzten Arbeiters an. Auf Verurteilung und Einholung ärztlicher Gutachten verurteilte das Schiedsgericht die Berufsgenossenschaft im Juli 1912 zur Zahlung der Vollrente. Damit gab sich diese aber noch immer nicht zufrieden; sie legte Rekurs beim Reichsversicherungsamt ein, das jedoch nach erneuter langwieriger Beweisführung im März 1914 in dem Sinne entschied, daß die Vollrente dem Verletzten von der Berufsgenossenschaft zu zahlen ist. Sechs lange Jahre währte dieser Kampf um die Rente.

Die Krankheit des armen Arbeiters ist durch die vielen Aufregungen und jahrelangen Entbehrungen — bei 10 M. Monats-einkommen — so schlimm geworden, daß die Auszahlung der höheren Rente beschleunigt werden muß, wenn ihn die höhere Rente noch bei Lebzeiten erreichen soll. So ist die Erlösung des deutschen Proletariats durch die diegegriffene Sozialgesetzgebung bis ins hohe Alter. Er muß nur auf werden und nicht schon in jungen Jahren während des Kampfes um die Rente verhungern.

**Gewerkschaftliches.**

Die Feste gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband.

Die seit der Verdrängung des früheren bayerischen Eisenbahnerministers Frauendorfer durch das Zentrum in Bayern mit größter Strupplosigkeit betriebene, wüßten gewisse Bemerkungen auch in Württemberg inoffiziellen. Vom „Klügelrad“, dem Organ des sogenannten „Christlichen“ Eisenbahnerverbandes, erscheint fast keine Nummer, ohne daß der Süddeutsche Verband als „sozialdemokratisch“ denunziert und seine Verfolgung und Unterdrückung der Verkehrsverwaltung nahegelegt wird. In Wahrheit ist der Süddeutsche Verband eine sozialdemokratische Organisation, sondern eine rein wirtschaftliche Interessengruppe der Arbeiter und Unterbeamten der Verkehrsverwaltung. Vom christlichen Verband unterscheidet er sich dadurch, daß er sich nicht in die blinde Hege gegen die Sozialdemokratie hineintreiben läßt, gegen dieselbe Partei, die wie keine zweite sich stets der berechtigten Forderungen des gesamten niederen Verkehrspersonals angenommen hat und auch immer wieder annimmt. Dem Süddeutschen Verband kann auch nicht nachgesagt werden, daß er die Differenzen zwischen den Organisationen bis zu dem Siedepunkt gesteigert hätte, der das Verhältnis zwischen dem alten Schwäbischen und dem neuen Christlichen Verband kennzeichnet und der des öfteren zu Explosionen im Landtag führte. Auch auf das dienstliche Zusammenarbeiten hat der wüste Konkurrenzkampf zwischen den beiden letzten genannten Verbänden schon recht tiefe Schatten geworfen. Durch den Süddeutschen Verband ist dagegen die dienstliche Disziplin nie gefährdet worden. Die Mitglieder dieses Verbandes stellen ihre Forderungen, die sich nicht um lächerliche Dinge, sondern um ernste wirtschaftliche und rechtliche Verbesserungen des Arbeitsverhältnisses drehen, und kämpfen entschieden für ihre Durchführung, aber sie lassen es auch an der Erfüllung ihrer Pflichten nicht fehlen. Das wird ihnen jetzt bestätigt von einem völlig unerbäulichen Schriftsteller, der sich mit großer Gründlichkeit dem Studium der Verhältnisse der Verkehrsarbeiter gewidmet hat.

Eugen Kränkel heißt dieser Schriftsteller. Im Sommerhause Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik hat er sich sehr ausführlich über die Lage der Arbeiter in den Werkstätten der bayerischen Staatsbahnen verbreitet. Von besonderem Interesse sind uns die Wahrnehmungen, die Herr Kränkel in bezug auf das Verhältnis der Mitglieder des Süddeutschen Verbandes zu ihrem Vorgesetzten gemacht hat. Da stellt nun Herr Kränkel fest, daß sämtliche Werkstättenleiter, mit denen er über diesen Punkt gesprochen, „die Mitglieder des gegenwärtig vom bayerischen Verkehrsminister so heftig bekämpften und zu einem langamen Absterben verurteilten Süddeutschen Eisenbahnerverbandes einstimmig und rückhaltlos als rechtlich und kennzeichnend nennenswerte Arbeiter und zugleich als sehr fleißige und objektive Vertreter ihrer Arbeiterschaft bezeichnen haben und daher ihre Verdrängung außerordentlich bedauern würden.“

In dem Kränkel'schen Aufsatz wird übrigens auch sehr scharfsinnig die Rechtswidrigkeit des Rekurses nachgewiesen, der in Bayern neureitenden Eisenbahnerkreisen zur Unterschrift vorgelegt wird und durch den sie erklären müssen, daß sie weder dem Süddeutschen Eisenbahnerverband noch dem Deutschen Metallarbeiterverband angehören. Die Rechtsfrage, ob man Mitglieder des Süddeutschen Verbandes wegen der Zugehörigkeit zu diesem Verband von Beamtenstellungen ausschließen dürfe, sei noch nicht entschieden worden. Kränkel hält es für sehr wohl möglich, daß der Disziplinarhof den ganzen Rekurs für nichtig erklären könnte. Wenn ein Arbeiter wegen seiner Mitgliedschaft beim Süddeutschen Verband eine schlechte Qualifikation erhält, so ge-

richtet das nach Kränkel „ohne positive gesetzliche Unterlage.“ Denjenigen, die es nach einer Hebe in bayerischer Manier gelistet, seien die Ergebnisse der Untersuchungen Kränkel's zur besonderen Beachtung empfohlen. Aber auch den vereinzelt Beamten, die päpstlicher sind als der Papst und durch kleine Mittel Mitgliedern des Süddeutschen Verbandes das Gegenteil von Wohlwollen bekunden, sollten sie von den bayerischen Werkstättenleitern ausgestellt Zeugnisse Anlaß geben, sich zu fragen, ob sie bisher immer die Unbefangenheit und Gerechtigkeit geübt haben, die ihrer Stellung würdig wäre.

Christlicher Terrorismus beim Kirchenneubau. Im Sommer vorigen Jahres wurden freizugewandte Bauarbeiter, die auf Kirchenbauten in den Kölner Vororten Ehrenfeld und Kippes beschäftigt waren, kurzerhand von den Unternehmern wegen ihrer Zugehörigkeit zur freien Organisation entlassen. Die Unternehmern begründeten dies damit, daß von gewisser Seite ein Druck auf sie ausgeübt worden sei. Als der Deutsche Bauarbeiterverband auf Grund des Tarifvertrages Einspruch erhob, legten die Unternehmern vor den Schlichtungsinstanzen dar, daß sie häufig gezwungen würden, bei derartigen Arbeiten Verträge einzugehen, wonach Mitglieder des freien Verbandes nicht beschäftigt werden dürfen. In jenen Fällen habe das der Kirchenbau als Bauherr verlangt. Am 6. März beschäftigte sich das Haupttarifamt für das Baugewerbe in Berlin mit dem Fall und entschied, daß die Entlassung der Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes tarifwidrig sei. Das Haupttarifamt sah in der Maßregel der Unternehmern einen Verstoß gegen § 8 des Hauptvertrages, wonach die Zugehörigkeit zu einer Organisation eine Entlassung nicht begründen könne. Die Unternehmern dürfen also keine Bauverträge eingehen, worin vom Bauherrn die Ausschaltung bestimmter Arbeiter verlangt wird.

Dieser klaren Entscheidung zum Trost werden aber weiter in Köln derartige Verträge abgeschlossen. Bei dem Kirchenbau in Köln-Hollhof, den die Firma Heun ausführt, werden alle freizugewandten ohne weiteres zurückgeschickt, während Christliche angenommen werden. Als es nun in jüngster Zeit dem noch einigen freizugewandten Hilfsarbeitern gelang, Arbeit zu bekommen, verlangte der christliche Baulegitime von ihnen kategorisch den Lebertritt zur christlichen Organisation; wenn sie das nicht tun würden, blieben sie keine drei Stunden am Bau. Unter diesem Zwange sind auch tatsächlich einige Hilfsarbeiter zu den Christlichen übergetreten; einem anderen wurde das Mitgliedsbuch des Deutschen Bauarbeiterverbandes trotz seines ausdrücklichen Verlangens nicht wieder zurückgegeben. Man stellte ihm dafür das Buch des christlichen Verbandes zu. Als sich in der vorigen Woche ein Bauarbeiter, der neun Jahre dem Bauarbeiterverband angehört, auf wiederholtes Drängen des christlichen Baulegitimes nicht zum Lebertritt bereit erklärte, drohte dieser mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung.

Man sieht, daß die Christlichen wahrlich keine Ursache haben, sich über „roten Terrorismus“ zu beschweren; wo sie die Macht haben, da gehen sie in viel rücksichtsloserer Weise vor. Es ist selbstverständlich, und das ergibt sich ja aus der Entscheidung des Haupttarifamtes, daß keine Unternehmern und erst recht nicht christliche Gewerkschaften das Recht haben, freie Gewerkschaften von Kirchenbauten auszuschließen.

Das Verlagshaus Philipp Reclam in Leipzig und der Buchbindertarif. Schon seit dem Jahre 1897 bestehen zwischen dem Buchbinderverband und dem Verband Deutscher Buchbindermeister für die drei Tarifstädte Berlin, Leipzig und Stuttgart tarifliche Vereinbarungen, nach denen die Lohn- und Arbeitsbedingungen einer strengen Regelung unterzogen sind. In den genannten Städten gibt es kaum noch einen nennenswerten Betrieb, der sich diesen Vereinbarungen nicht angeschlossen hätte, besonders in Leipzig nicht.

Eine seltene Ausnahme hiervon macht die Buchbinderei Karl Fricke, deren alleiniger Auftraggeber die weltbekannte Firma Philipp Reclam in Leipzig ist. Schon seit Jahren führt die Buchbinderorganisation mit jenen beiden Firmen einen fortwährenden Krieg, ohne daß es bisher gelang, jene Leute davon zu überzeugen, daß es eine einfache Anstandsmaßnahme ist und im Interesse des Berufes liegt, wenn sie sich dem anpassen, was tausend andere Unternehmer für Recht erkannt haben. Mit Recht führte im Jahre 1912 ein bürgerlicher Stadteroberer im Leipziger Stadtparlament aus: „Im allgemeinen gelten diejenigen, die sich dem Tarifvertrage nicht anschließen, als solche, die im Trüben fischen wollen. Es müßten deshalb Arbeitgeber und Arbeitnehmer dagegen ankämpfen, daß Tarife, wenn sie von der großen Mehrheit beschlossen sind, von einer kleinen Minderheit nicht anerkannt werden.“

Die Leipziger Organisationsleitung des Buchbinderverbandes hielt es deshalb für ihre Pflicht, auch in diesem Jahre, wie schon oft zuvor, mit den genannten Firmen in Verbindung zu treten, wegen Anerkennung des Tarifvertrages. Aber genau wie in den Jahren zuvor, wurde auch diesmal das durchaus berechnete Verlangen abgelehnt. Die Firma Karl Fricke zahlt ihren Buchbindern Stundenlöhne von 37, 38, 41, 42 Pfg. und nur ein schon 10 Jahre im Betriebe tätiger Gehilfe erhält den Lohn von 51 Pfg., während der Tariflohn in Leipzig als Mindestlohn 56 Pfg. vorliegt. Genau so steht es mit den Arbeiterinnen. Ihnen zahlt die Firma Löhne von 16, 18, 20, 22 und 24 Pfg., während der Mindestlohn 30 Pfg. beträgt. Herr Fricke erklärt dem Vertreter des Buchbinderverbandes bei persönlichen Verhandlungen wiederholt, er wäre nicht in der Lage, den Tarifvertrag anzuerkennen, denn seine wiederholten Vorstellungen bei der Firma Reclam um eine bessere Bezahlung ihrer Arbeiten seien bisher immer gänzlich abgelehnt worden. Der Verband, der das nicht glauben wollte und auch nicht glauben konnte, wandte sich deshalb schriftlich an die Firma Reclam. Die Firma schrieb der Leipziger Verbandsleitung: „Auf Ihren Brief... teile ich Ihnen mit, daß ich in der Tat der Firma Karl Fricke schon vor Jahren erklären mußte, daß es mir bei den festgelegten und aus vielen Gründen keine Erhöhung vertragender Löhnen und Preisen meiner Verlagswerke ganz unmöglich ist, höhere Preise für die Buchbinderarbeiten zu bezahlen.“ — Also die Firma Reclam, die auf allen Bahnhöfen ihre Produkte anpreist, weigert sich, höhere Preise zu zahlen. Und die Buchbinderei Karl Fricke kann aus diesen Gründen ihren Arbeitern und ihren Arbeiterinnen den ihnen zustehenden Lohn nicht zahlen. So steht es um die weltbekannte Reclam-Bibliothek.

Achtung, Formner und Viehzeiger! Bei der Firma Schüller in Freising (Bayern) streiken die Formner und Kernmacher wegen Alfordürzungen. Die Firma versucht, Arbeitswillige herbeizuschaffen und bedient sich dabei der Rechtsauskunft Rosenbergs-Berlin, Pappelallee, die Arbeitswillige angeblich für München anwirbt, in Wirklichkeit aber nach Freising vermittel.

Zur Lohnbewegung der Berliner Brauereiarbeiter. Mit dem Ergebnis der Abstimmung über die Annahme oder Ablehnung der Zugeständnisse des Vereines der Brauereiarbeiter von Berlin und Umgebung, die bekanntlich die Zweidrittelmajorität für die Ablehnung nicht erbrachte, beschäftigte sich am Sonntag den 5. April eine Sitzung der Lohnkommission und der Vertrauensleute. Nach ausgedehnter Diskussion erfolgte die Abstimmung durch Stimmzettel, an der nur die Vertrauensleute teilnahmen. Für Annahme stimmten von 261 abgegebenen Stimmen 127, für Ablehnung 134. Da die Zweidrittelmehrheit für die Ablehnung 174 beträgt, fehlen zu dieser 40 Stimmen. Damit ist beschlossen, den Tarif mit dem Verein der Brauereiarbeiter auf Grund der bisherigen Zugeständnisse abzuschließen. Mit den ringfreien Brauereien haben die Verhandlungen bereits begonnen.

hatten die recht; sowohl zwischen den Verträge einleuten geschiedenen um Ordnung aufrecht, man ruhig in den alles unüberbleiben sollte. ern den Werten oder inchten. Man schen weniger auch die Geratlicher noch die Strömung und das beang. Außer durch den Hürerer Genera- Reinen und, daß beordnungen jede zusammen-

Schaustrich in Frankfurt



Falsche Anschuldigung.

Colmar (Elsas), 4. April. Am 2. Februar war ein Meutur des hiesigen Dragonerregiments Nr. 14 ins Lazarett verbracht worden, weil ihm — wie er erzählte — in einer ziemlich unbesonnenen Strafe von einem Unbekannten, der Dialekt gesprochen hatte, mit einem Revolver in die linke Hand geschossen worden war. Jetzt hat der Soldat — ein Rheinländer — gestanden, daß er sich damals den Schuß selber beigebracht habe und daß seine Erzählung erfunden gewesen sei. Aus welchem Grunde sich der Soldat die Verletzungen beigebracht hatte, ist noch nicht aufklärt.

Großer Sacharinsmuggelprozeß.

Gleiwitz, 4. April. In dem Sacharinsmuggelprozeß gegen 14 Angeklagte aus Ost-Westpreußen und Oberschlesien wurde heute nach sechsstägiger Dauer das Urteil gesprochen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Richter, verkündete das Urteil, das gegen die beiden Hauptangeklagten Expediteur Abraham Meyer aus Soldau und Kaufmann Rubin aus Eydtsbühnen wegen mehrerer Vergehen gegen das Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902 in Verbindung mit dem Vergehen gegen das Reichsgesetz vom 9. Juli 1905 betr. die Ausführung des mit Oesterreich-Ungarn abgeschlossenen Zolltariffs zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag zu je 6 Monaten Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe lautete.

Ballonunglück.

Wagen i. B., 6. April. Ein schweres Ballonunglück ereignete sich gestern nachmittag gegen halb 3 Uhr in Altenhagen. Der Freiballon Nidin des Kölner Klubs für Luftschiffahrt wurde aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache plötzlich aus 1500 Meter Höhe auf 100 Meter herabgedrückt und senkte sich dann rasch zur Erde. Mit dem Schleppland bedeckte der Ballon mehrere benachbarte Ziegeldächer ab und verwickelte sich schließlich mit der Gondel in Telegraphenleitungen. Beim Anprall gegen einen Baum erlitten zwei der Insassen schwere Quetschungen, ein dritter einen Beinbruch.

Nach holländischem Muster.

Wespen, 6. April. Die Untersuchung gegen den verhafteten Landwirt Maciejewski in Weichsel hat eine überraschende Wendung genommen. Im Kellerraum seines niedergebrennten Hauses ist die gänzlich verholzte Leiche seiner Frau aufgefunden worden. Es hat sich herausgestellt, daß der Landwirt nach dem Tode der Gattin den Kopf der Frau mit 20 000 Mark in die Lebensversicherung eingekauft hatte. Man stellte aber fest, daß er nicht seine Frau, sondern an deren Stelle seine Geliebte zum Vertrauensargel der Versicherung geschickt hatte, um die nötigen Mittel zu erhalten.

Defertierte Fremdenlegionäre.

Lübeck, 7. April. Zwei Fremdenlegionäre in voller Uniform trafen dieser Tage mit dem Dampfer „Italia“ im Hafen des Hochseeswerkes in Lübeck ein. Der Dampfer kommt aus Griechenland. Auf seiner Reise nach Lübeck lief er Algerien an, um Kohlen zu bunkern. Dort schlichen sich die beiden Legionäre in einer nächtlichen Nacht heimlich an Bord der „Italia“. Einige Zeit nach der Abfahrt des Dampfers von Algerien kamen die beiden blinden Passagiere zum Vorschein und führten nach der Heimat mit, wofür sie sich an Bord nützlich machten. Von den beiden ist einer ein deutscher, der andere ein gebürtiger Deutscher, der aber eines Tages auf den sonderbaren Einfall kam, sich in Frankreich naturalisieren zu lassen.

Dynamitpatrone in der Zigarre.

Wien, 4. April. Im kroatischen Vereinshaus fand ein Mann namens Kruski auf der Treppe eine Zigarre und zündete sie an. Pöblich explodierte sie. Er erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und erblindete auf beiden Augen. In der Zigarre bestand sich eine kleine Dynamitpatrone. Die kroatische Partei nimmt an, daß ein politisches Attentat vorliegt.

Schöne Frauen geheiratet.

Hart Borch (Texas), 3. April. Hier begann heute die Verhandlung gegen einen reichen Plantagenbesitzer namens Arnold, der im Laufe von 16 Jahren 16 Frauen geheiratet hat, ohne auch von einer einzigen rechtmäßig geschieden zu sein.

Gelebter Milliardär.

Basadena (Kalifornien), 4. April. Der größte amerikanische Holzindustrielle Friedrich Weyerhäuser, geboren zu Niederwiesenthal, ist hier gestorben. Sein Vermögen wird nach dem Nachlassverwalter für das größte geschätzt.

Letzte Nachrichten.

Fall Abrecht.

Mannheim, 3. April. Vor kurzem veröffentlichte der Landtagsabgeordnete Abrecht-Neustadt in der „N. B. L. Sta.“ eine Erklärung, in der er sich gegen die Beschuldigungen des Prof. Böthling verteidigte. Daraufhin veröffentlichte Böthling eine weitere Erklärung, in der er seine Beschuldigungen in vollem Umfang aufrechterhielt. Landtagsabgeordneter Abrecht teilt heute der „N. B. L. Sta.“ mit: „Auf die neuerliche Erklärung des Prof. Dr. Böthling erwidere ich, daß das Gericht die Antwort geben wird. Eugen Abrecht.“

Wingerstreik.

Neustadt, 7. April. Heute traten unter dem Vorsitz des Bezirksamtmanns Regierungsrat Zunder in Sachen der Wingerbewegung die Vertreter der Arbeitgeber und die Vertreter der beiden Organisationen zu einer Besprechung zusammen. Nach längerer Debatte kam eine Einigung zustande auf einer mittleren Linie. Der neue Tarif ist auf drei Jahre festgesetzt. In den ersten beiden Jahren wird ein Stundenlohn von 33 Pfg. im Sommer und von 35 Pfg. im Winter bezahlt. Im dritten Jahre wird der Sommerlohn auf 34 Pfg. erhöht. Der Taglohn im Herbst ist auf 4 Mk. festgesetzt. Das Spritzen und Schwefeln wird mit 3,70 Mk. pro Tag bezahlt. Der Streik wird daraufhin aufgehoben.

Frankfurter Sittenpolizei.

Frankfurt a. M., 7. April. Der Leiter der Frankfurter Sittenpolizei, Polizeikommissar Schmidt, der seit einer Woche vom Dienst suspendiert war, weil er sich angeblich hatte bestechen lassen, wurde auf Verfügung des Untersuchungsrichters heute verhaftet.

Der Sprachenlaß in Elsas.

Strasbourg, 7. April. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Zweiten Kammer interpellierte Abg. Emmel (Soz.) die Regierung wegen des Erlasses betr. den Gebrauch der hochdeutschen Sprache in den höheren Schulen. Durch den Erlass werde dem an sich berechtigten Ziel, ein höherer Dienst erwiesen. Der Dialekt und die französische Unterhaltung würden indirekt verboten. Das sei eine falsche und schädliche Maßnahme, die nur die Demagogie überbiete. Staatssekretär erwiderte, daß sich der Erlass lediglich auf das Verhalten der Lehrer und Schüler innerhalb des Schulgebäudes und des Schulhofes beziehe und in der Aufgabe der höheren Schulen begründet sei, nämlich in

erster Linie deutsche Bildung zu pflegen. Es werde nicht in den Privatverkehr der Lehrer eingegriffen. Daß mit dem Erlass die Denunziation groß gezogen würde, müsse er aufs entschiedenste bestreiten. Der Erlass richtete sich an einen hochgebildeten Stand, dem Denunziationen, wie ihm zuwider seien. Er sei überzeugt, daß der Erlass recht verstanden würde. Nach wie vor stehe die Regierung auf dem Standpunkte, daß es sich um eine innere Angelegenheit der Schulverwaltung handle. In der Besprechung führte der Abg. Sauß (Ztr.) aus, der Erlass bedeute eine Herabwürdigung der jüngeren Lehrerschaft in den Augen der Schüler und Schülerinnen. Er sei ein nicht zu rechtfertigender Mißgriff. Die Veröffentlichung sei ein Akt der Notwehr gewesen. Der Erlass sei eine Verbeugung vor der Mittelpartei. Nicht der Dialekt habe getroffen werden sollen, sondern man habe der französischen Konversation auf dem Schulhofe zu Leibe gehen wollen. Die Abg. Zimmer (Soz.) und Wolf (Lib.) maßregelten gleichfalls den Schul-erlass. Abg. Fuchs (Soz.) begründete den Antrag seiner Partei dahingehend: Die Zweite Kammer kann die Auffassung der Regierung nicht teilen. Der Erlass wird mit den zu befürchtenden schweren denunziatorischen Folgen seinen Zweck nicht erreichen. Dieser Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt und folgende Resolution des Zentrums einstimmig angenommen: Die Kammer kann den Erklärungen der Regierung nicht beipflichten. Sie behauert den Erlass, der den Interessen der höheren Schulen nicht förderlich ist.

Die Zaberner Entschädigungs-Prozesse.

Zabern, 7. April. Heute hatte sich das Landgericht Zabern mit der Klage anlässlich der Zaberner Vorfälle im Bandurenkeller eingesperrter Bürger zu befassen. Es kamen hierbei annähernd 25 Vergleiche zwischen dem Militär-Fiskus und Festgenommenen zustande, da sich die Betroffenen mit der vorgeschlagenen Entschädigung von 50 Mk. einverstanden erklärten. Vier weitere Klagen wurden auf den 21. April verlagert, darunter auch die des Schuhmachers Brand aus Dettweiler der 250 Mk. verlangt. Die bisher entstandenen Gerichts- und Polizeikosten trägt in allen Fällen der Fiskus.

Riesen-Bucherprozeß.

Berlin, 7. April. In dem Riesenprozeß wegen Bewucherung von etwa hundert Offizieren aller Truppengattungen im ganzen deutschen Reiche, der seit etwa 15 Tagen die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I beschäftigt, wurde heute nachmittag das Urteil gesprochen. Es erhielten wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Buchers, beziehungsweise Beihilfe: Wilhelm Solzapfel und Gustav Adolph vier Monate Gefängnis, 300 Mk. Geldstrafe und je ein Jahr Ehrverlust; Agent Karl Grunow drei Wochen Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, Hypothekensmakler Georg Schumann drei Wochen Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe; Agent Johann Gräser zwei Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe; Kaufmann Jakob Wein 8 Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe sowie 2 Jahre Ehrverlust. Der Agent Rosenblatt wurde freigesprochen.

Uhrmacherstreik.

Genf, 8. April. In einem Uhrmacherdorf des Kantons Solothurn sind seit einiger Zeit mehrere tausend Arbeiter infolge von Tarifdifferenzen ausgesperrt. Neuerdings kam es zu Zusammenstößen zwischen den Ausgesperrten und den Syndizierten, sodaß die Regierung sich veranlaßt sah, zur Unterdrückung der Polizei zwei Kompanien Infanterie in den Ort zu legen.

Schwedische Wahlen.

Malmö, 8. April. Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer sind hier zwei Sozialdemokraten und ein Liberaler gewählt worden, womit die Parteienstellung unverändert bleibt.

Der österreichische Offiziersstreik.

Innsbruck, 7. April. Die Militärbehörde bestätigt die Erzesse in Brunned die durch den Hauptmann von Dittmann hervorgerufen wurden und ordnete eine strenge Untersuchung an. In militärischen Kreisen wird der Hauptmann als geisteskrank bezeichnet. Er befindet sich bereits im Garnisons-Hospital in Innsbruck. Die Affäre reicht weit über eine gewöhnliche Betrunkengeschichte hinaus, weil der Hauptmann tschechische Soldaten gegen Deutsche aufhetzte, die die Deutschen in der Kaserne verprügelten.

Passive Resistenz der Postbeamten.

Belgrad, 7. April. Die serbischen Postbediensteten haben für das auf nächste Woche fallende serbische Osterfest die passive Resistenz angekündigt, weil bei den Budgetberatungen in der Skupstina ihre Forderungen auf Gehaltsregelung nicht beachtet worden sind.

Albanien.

Wien, 7. April. Wie die Neue Freie Presse aus Durazzo meldet, sind die Aufständischen in Koriza entwaffnet und zum Teil ins Gefängnis geworfen worden. Der Metropolit von Koriza, der nach dem Ergebnis der vorgenommenen Untersuchung für den Urheber des Aufstandes bezeichnet wird, wurde verhaftet.

Durazzo, 7. April. Der Einberufungsbefehl der Regierung weist zunächst alle Lokalbehörden an, sofort Kontrollversammlungen aller wehrfähigen Männer vom 29.—30. Lebensjahre einzuberufen und Listen für die Landwehr aufzustellen. Diese Kundgebung ist in Durazzo von der Bevölkerung mit Jubel aufgenommen worden. Bezeichnend für die allgemeine Kampfeslust ist es, daß auch aus den fernsten Gebieten des nordalbanischen Massifa Boten an die Regierung einlaufen, die ein allgemeines Aufgebot aller wehrfähigen Männer fordern.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Offenburg. Brief kam zu spät, er kostete 20 Pf. Straporto.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kober; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, a. l. e. in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

8. April. Schifferzettel 3.14 m, gest. 28 cm, Rehl 3.82 m, gest. 19 cm, Wazau 5.57 m, gest. 2 cm, Mannheim 5.25 m, ael. 11 cm.

Vereinsanzeiger.

Rintheim. (Sozialdem. Verein.) Am Donnerstag den 9. April, abends pünktlich 9 Uhr: Generalversammlung. 197 Anielingen. (Sozialdem. Verein.) Donnerstag, 9. April, abends 8 Uhr, im „Bühnenhof“ ordentliche Generalversammlung. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich. Die neu eingetretenen Genossen können in der Versammlung ihre Mitgliedsbücher in Empfang nehmen. Durlach. (Gesangverein „Freiheit“.) Donnerstag abends halb 9 Uhr Singstunde. Die Sänger werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. NB. Am Ostermontag morgens findet ein Ausflug statt. Das nähere darüber in der Singstunde. 221 Weingarten. (Sozialdem. Verein und Arbeitergesangverein Vorwärts.) Die Mitglieder beider Vereine werden hiermit auf Karfreitag zu einem Spaziergang nach Obergrombach eingeladen. Abmarsch bei günstiger Bitterung punkt 1 Uhr vom Lokal. Auch sonstige Teilnehmer sind willkommen. Bruchsal. (Arbeitergesangverein „Harmonie“.) Mittwoch abends halb 9 Uhr Vierteljahresversammlung in der „Pfalz“. Vollständiges Erscheinen erwünscht. 222

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Zeitschrift „Durch alle Welt“ bei, welchen wir unseren verehrlichen Abonnenten zur gefälligen Beachtung empfehlen. 220

Carl Pfefferle

Telephon 1415 Erbprinzenstr. 23 empfiehlt für die Karwoche u. für die Oster-Feiertage: Doff. Winter-Rheinsalm ff. Tafel-Geflügel als: Roth. Wefersalm Franz. Welschhähnen Ost. Soles " Welschhennen " Turbot " Bouldarden " Heilbutt im Auschnitt Steir. Kapannen junge Poulets Holl. Schellfische Südben. Fricasseehühner " Cablian Tauben usw., Perlhühner " Rotzungen 1914er Gänse " Merlaus " Enten ff. Tafelzander hiesige Waldschnecken frisch gewäss. Stockfische als: Rikken, lebende Bachforellen Schlegel, " Rheinhechte Wilde Kaninchen per Stück 1.20 bis 1.40 " Schleien " Spitzegarkarpfen Karamanenhähnen u. Bennen " Hummer usw. Ruffische Brathähnen und Hennen, Gabelhühner. NB. Keinen Verkaufsstand auf dem Markte. Versand nach auswärts prompt. 124 Mein Geschäft ist Karfreitag vormitt. u. 7-10 Uhr geöffnet.

Feiertage halber bleibt unser Geschäft geschlossen. Oster-Samstag u. Sonntag Oster-Montag wieder geöffnet. Gebrüder Hagenauer Marienstraße. 226

Eier Eier vollfrische, große Sied-Eier 10 Stück 65 ♂ Gistfreie Eier-Farben 5 verschiedene Farben per Paket 5 ♂ in 272 Bucherer's Filialen.

**Todes-Anzeige.**

Freunden und Bekannten die betäubende Mitteilung, daß unser Bruder und Freund

**Josef Geng,**  
Maschinenseher,

heute abend 7/7 Uhr nach langer, schwerer Krankheit, im Alter von 45 Jahren, ruhig entschlafen ist.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Feuerbestattung findet Dienstag, 9. April, vormittags halb 11 Uhr statt. 191

**Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe.**

**Todes-Anzeige.**

Wir setzen die Genossen von dem Hinscheiden unseres langjährigen Mitgliedes

**Josef Geng,**  
Maschinenseher,

hierdurch geziemend in Kenntnis 192

Die Feuerbestattung findet Donnerstag, 9. April, vormittags halb 11 Uhr statt und eruchen wir unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß Montag nacht 1/2 Uhr unser treubesorgter Oatte, Vater, Großvater, Schwieger- vater und Onkel

**Gottlieb Birkle**

nach langem schweren Leiden, im Alter von 68 1/4 Jahren, sanft verchieden ist.

In Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

**Margaretha Birkle, geb. Hafer.**

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 1/8 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Schützenstraße 46, 2. Stod. 200



**Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität**  
Mitgliedschaft Karlsruhe.

Erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Sportgenossen

**Josef Geng**

in Kenntnis zu setzen. — Die Feuerbestattung findet Donnerstag vormittag 1/211 im hiesigen Krematorium statt. Zahlreiche Beteiligung Ehrenpflicht. 203

Der Vorstand.

**Kaiserstraße 145**

Eingang Lammstraße, ist im III. Obergeschoß eine Wohnung von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort oder später zu vermieten. Näheres beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstr. 8, Zimmer 169. 8187

**Gut möbl. Zimmer**

zu vermieten. Wagenstr. 43, 3. St., rechts.

**Sportwagen mit Gummi**

billig abzugeben. Werderstr. 67, 3. St., links.

Fortwährend werden bei

**F. Waldbvogel,**

Durlacherstraße 55, guterhalt. Herren- u. Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Weitzug usw. zu Ausnahmspreisen verkauft. 7699

**Diwans**

Große Auswahl in neuen Plüschdiwans von 35 u. 40 M an, hochf. mod. Dessins v. 55 M an. (Keine Parfümware). Polstermöbelhaus Köhler, Schützenstraße 25. 145

**Damen- und Kinder-Hüte**

grosse Auswahl garnieren u. modernisieren chic und preiswert, sämtl. Zutaten billigst.

**H. Holtermann,**  
Durlach, Hauptstraße 50.

**Bekanntmachung.**

Die Inhaber der im Monat August 1913 unter Nr. 17000 bis mit Nr. 19265 ausgestellten bezw. erneuerten Pfandcheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 8. April 1914 anzulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 8160  
Karlsruhe, 28. März 1914.  
Städt. Pfandleihkasse.

**Ernst Marx**

Luisenstraße 45  
Fernruf 3086

empfiehlt sein großes Lager in Herden, Oefen, Grubenöfen, Gasherden, Küchen- und Haushaltungsgartikeln, Lampen für Gas und Petroleum und deren Ersatzteile, Glas, Porzellan, Steinzeug zc.

Billige Preise! 7578

Reelle Bedienung!

Teilzahlung gestattet!

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gedeckte Rollen) besorgt billig  
0010 Karl Mulsinger,  
Leisingstr. 8a. Telefon 3565.

Heberzieher für b. a. 3.— M

Herren-Anzüge à 3.50 M

Damenkleider à 3.— M

Färberei Firnrohr

Kaiserstraße 28. 7508

**Pfannkuch & Co**

Frische

**Gemüse:**

Holländer  
Rotkraut

pro Kopf 26

gelbe Salat-  
Kartoffeln

3 Pfd. 15

10 „ 45

Malta-  
Kartoffeln

3 Pfund 27

Neue Aegypter  
Zwiebeln

Pfund 18

Eintreffend:  
Pariser und  
Holländer

Kopfsalat

Kopf 16 Pfg.

Holländer  
Schlangengurken

Stück 40 u. 45

**Pfannkuch & Co**

G. m. b. H.

den bekanntesten Verkaufsstellen

**Spezial-Angebot**  
für den

**Oster-Bedarf!**



- 2 Preislagen**  
**Cufaway und Weste**  
aus marengo Cheviot, modernes, rauhes Gewebe, hochelegant gearbeitet  
M 36.— 45.—
- 3 Preislagen**  
**Sacco-Anzüge**  
ein- und zweireihig, aus farbigen, blauen und marengo Stoffen  
M 36.— 45.— 56.—
- 3 Preislagen**  
**Sommer-Paletot und Ulster**  
aus dunklen Cheviots und Melton, helleren Homespuns und Covercoat, lang und kurz  
M 39.— 52.— 60.—
- 3 Preislagen**  
**Sport-Anzüge**  
mit langen oder kurzen Hosen, besonders für Touren geeignet  
M 27.— 36.— 42.—

Jede einzelne, dieser für den Osterbedarf zusammengestellten Preislagen ist eine ganz besondere Spezialität. Die hierin gebotene enorme Auswahl ermöglicht jedem Geschmack das Passende zu finden. Auf Dauerhaftigkeit der Stoffe und geübte Arbeit ist besonders Wert gelegt. Die Preise sind extra billig. 211

**Breitbarth**

Ecke Kaiser- u. Herrenstrasse.

Für die  
**Karwoche**

**Dienstag u. Mittwoch**  
lebendfrisch in schwerster Eispackung eintreffend:

größere Zufuhren von der Nordsee sowie ein direkter Waggon

**Feinste Holländer Schellfische**

großmittel 42 Pfd. Weat-Schell- 27 Pfd.

**Cabliau** loslos im ganzen Fisch per Pfd. 27 Pfd. im Ausschnitt per Pfd. 30 Pfd.

Frish gewässerte  
**Stockfische**

Pfund 23 Pfg.

Es kommen zirka 25000 Pfund Fische zum Verkauf.

Als bester Butterersatz:

**Esbu-Margarine**

das Feinste auf dem Markt  
Pfund 95 Pfg. 171

NB. Karfreitag sind unsere Geschäfte ganz geschlossen.

**Pfannkuch & Co**  
G. m. b. H.  
in den bekanntesten Verkaufsstellen

# Für Ostern!

Moderne  
**Jackenkleider**  
und  
**garnierte Kleider**

Schwarz-weiß karierte **Blusen-Kostüme** mit Tunique-Röcken und schottischem Seidenbesatz . . . . . **39.00 27.50 bis 23.50**

Marineblaue **Blusen-Kostüme** mit Tunique-Röcken und schottischem Seidenbesatz . . . . . **45.00 33.00 bis 29.00**

Elegante **Gabardine-Kostüme** in allen Farben, Blusen-Fassons mit Tunique-Röcken . . . . . **65.00 59.00 bis 51.00**

Hochelegante **Fantasie-Kostüme** in allen Farben, Stoffen und Fassons, bei höchster Eleganz zu vorteilhaften Preisen.

**Kleider**

Flotte **Tunique-Kleider** aus guter reiner Seide, schottisch kariert, in Wollcrepon, in schönen Farben, in moderner Art, hervorragend preiswert . . . . . **39.00**

Elegante **Fantasie-Kleider**, meistens aus Taffet, Crêpe de chine, Liberte bei höchster Eleganz zu mässigen Preisen.

Moiré-**Blusen, -Jackets und -Mäntel**, schicke elegante Fassons zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

## Blusen

**Reinsidene Blusen** in allen Farben, m. weiss. lein. Plastrons u. Stuartkrag. **6.25 7.50**

**Weisse Japon-Blusen**, elegante Directoire-Fassons, vorn mit grossen weissen Perlmutterknöpfen . . . . . **4.50 8.50**

Hervorragend schöne **Côtelé-Blusen** in allen Farben und Fassons . . . . . **6.50 7.50**

## Großzügige Auswahlen

der letzten geschmackvollen Mode und hervorragend günstiger Einkauf gestatten uns, die Wünsche der geschätzten Damenwelt hinsichtl.

### feiner chicer Frühjahrskleidung

durch ungewöhnl. vorteilhafte Verkaufspreise zu erfüllen. Durchweg repräsentieren alle Läger die grosse Mode der neuen Jahreszeit in

### Kostümen, garnierten Kleidern nach französischem Geschmack

Mänteln, Sportjacken sowohl für Damen, als auch für junge und jüngste Damen. Ein Ausprobieren beweist die vorzügliche Verarbeitung und die perfekten Schnitte. Die bis in die kleinsten Nebensächlichkeiten neue aparte Ausführung ergibt die unseren Stücken eigene Eleganz. Die Wahl als Lieferant für den Frühjahrs- und Oster-Bedarf dürfte deshalb, wenn sie auf unser Geschäftshaus fällt, als sehr vorteilhaft gelten. . . . .

Neueste  
**MÄNTELE**  
und  
**Sport-Jacken**

## Neue Frühjahrs-Mäntel

**Frauen-Paletots** in schwarz Tuch, Foulé u. Côtelé, glatt u. garniert, in den grössten Weiten vorrätig . . . . . von **68.00 bis 24.50**

**Seidene Paletots**, moderne kurze sowie lange und halblange Formen, in Moiré, Taffet u. Seiden-Ottomane von **175.00 bis 19.75**

**Uebergang-Paletots**, schicke Neuheiten in deutschen und echt englischen Stoffen, dunkel u. mittelfarbig . . . . . von **65.00 bis 12.50**

**Sport- und Reise-Mäntel**, sehr fesche kurze u. halblange Formen, in den neuesten Farb, speziell f. junge Damen v. **48.00 bis 14.50**

**Gummi- und Regen-Mäntel**, neue Formen in erprobten Qualitäten, schwarz, marine, grün, mode, grau . . . . . von **48.00 bis 19.50**

**E. Neu Nachf.** Inh.: S. Michel-Bösen  
Kaiserstr. 74

## Lebensmittel

Soweit Vorrat!

|  |                           |
|--|---------------------------|
| Wildkaninchen ohne Fell . . . . .          | Stück 1.20—1.40           |
| Kitzchen, auch halbe und viertel . . . . . | Pfund 0.75                |
| Rollschinken zum Rohessen, 4-8 B schwer    | Pfund 1.50                |
| Nußschinken, kleine . . . . .              | Pfund 1.40                |
| Prager Schinken zum Kochen . . . . .       | Pfund 1.30                |
| Dörrfleisch, bei ganzen Seiten . . . . .   | Pfund 0.95                |
| Cervelat- und Salamiwurst, prima . . . . . | Pfund 1.35                |
| Weißer und roter Tischwein . . . . .       | Liter ohne Glas 0.70      |
| Diverse feine Liköre . . . . .             | 1/4 Fl. 2.00 1/2 Fl. 1.10 |
| Jamaika-Bananen . . . . .                  | Pfund 0.35                |
| Murcia-Blutorangen . . . . .               | Dtzd. 0.58 und 0.85       |
| Algier-Kartoffeln . . . . .                | Pfund 0.25 8 Pfund 0.70   |

Leb. Fische und Seefische sind frisch eingetroffen.

Grosse Auswahl in **Oster-Geschenk-Artikeln** aus **Chocolade, Marzipan**, sowie **Atrappen** in jeder Preislage.

## Hermann Tiefz

Städt. Arbeitsamt  
**Gesucht**  
zum sofortigen Eintritt:  
**Buffetfräulein** 204  
**Restaurationsköchinnen**  
**Küchenmädchen**  
**Spül- u. Putzfrauen**

Städt. Arbeitsamt  
Bähringerstr. 100. Tel. 949.

**Fleisch-Verkauf**  
Samstag den 11. April  
verkaufe ich Ruitstr. 20,  
von 7 bis 1 Uhr, in Qualität  
**Wurstfleisch**  
eigene Mästung, per Pfd. 70 Pfg.

**Wilhelm Neef**  
Molkereibesitzer. 28C

Mehrere 206  
**gebrauchte Herde**  
sind billig zu verkaufen.  
Luisenstr. Nr. 45, 1. Stod.

**Sitz- u. Siegwagen** gut erh.  
m. Vorberst. billig zu verkaufen. In  
erfr. Grenzstr. 13, 3. Stod.

## Nur kurze Zeit

verkaufe ich Ruppurrerstr. 20 einen großen Posten Kinderanzüge in allen Farben, Waschanzüge, Jünglingsanzüge, Kommunitantenanzüge, Knabenanzüge in Blusenform, Herren- und Burtschenanzüge, Hosen und Westen, Tennis-Anzüge, Fantasie-Westen, Knaben-Waschblusen, einzelne Hosen, Herren- und Burtschenpaletots, Gabelods, Jünglingspaletots und noch Verschiedenes, ferner Posten diverser Rattume.

**J. Madlener**  
Auktionsgeschäft.

NB. Die Sachen werden durchweg unter der Hälfte des früheren Verkaufspreises abgegeben. 163

Bei Bedarf von 217

## Schuhwaren

empfehle mein grosses Lager in nur guten Qualitäten.  
Reelle Bedienung. Alle Preislagen.

Bis einschliesslich 11. April Extrapreise.

**Ludwig Betsche** Umlandstr. 35  
(Nähe Söfenstr.).

**Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.**  
Geburten vom 24. März bis 1. April. Friedrich Alois, v. Adam Gain, Werkzeugschlosser. — Erwin Franz, v. Franz Anton Dollmer, Fuhrknecht. — Gustav Karl, v. Karl Gustav Bayer, Mechaniker. — Silda Marie Berla, v. Eugen Siegel, Wagneremeister. — Gerhard, v. Theodor Stöckmann, Kaufmann. — Lina Luise, v. Rudolf Karl Häßlinger, Maschinenschlosser. — Felix Heinrich, v. Felix Schwenger, Tischdecker.

Eheschließungen vom 28. März bis 2. April. Josef Dominik Kiemle, Friseur, und Pauline Friederike Kernberger, beide von hier. — Karl Heinrich Bursch, Sattler von hier, und Katharine Selter von Hanau. — Friedrich Adam Maag, Glasermeister, und Luise Frida Ged, beide von hier. — Friedrich Wilhelm Hugo Alfons Rudolf, Maschinenbauingenieur von Brunninghausen, Kreis Dortmund (Preußen), und Anna Maria Paul von Baden-Baden.

Todesfälle vom 24. bis 31. März. Lina Frida, 3/2 J. alt, v. Karl Wilhelm Rieth, Fabrikarbeiter. — Pauline Ernestine geb. Schubert, 56 J. alt, Ehefrau des Weingärbers Karl August Herbig. — Gerhard, 6 1/2 St. alt, v. Theodor Stöckmann, Kaufmann. — Arthur Friedrich, 2 J. alt, v. Friedrich Jakob Geiler, Fabrikarbeiter. — Mina, 2 1/2 Mon. alt, v. Michael Weis, Maurer.

Durlach.  
**J. Faber, Malergeschäft**  
12 Hauptstr. 12 7497  
empfeht sich einer verehrlichen Einwohnerschaft für alle in sein Fach einschlagenden Arbeiten bei reeller Bedienung und billiger Berechnung. — Werkstätte Kirchstr. 13.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Geburten vom 28. März bis 4. April. Kurt Emil, v. Frz. Kern, Zauberkünstler. — Friedrich, v. Lud. Schmidt, Möbelpacker. — Elfriede Emma, v. Jakob Ehrmann, Gasarbeiter. — Lydia, v. Daniel Schneider, Kassier.

Todesfälle vom 4. bis 5. April. Katharina Gräber, alt 78 J., Ehefrau des Steinbruders Wilh. Gräber. — Karl Eichhorn, Techniker, ledig, alt 21 J. — Lotilde, alt 7 J., v. Theodor Roth, Maschinenfeher. — Rosa, alt 1 Mon. 2 Tg., v. Emil Knoll, Kunstgärtner.





# Konfektionshaus „Merkur“

Ecke Haupt- und Gritznerstrasse.

Einige Beispiele:

- Moderne Anzüge, 1- und 2reihig . . . von 13.50 bis 20.50
- Anzüge, Ersatz für Mass, 1- und 2reihig . . . von 23.50 bis 45.—
- Moderne Beinkleider . . . von 2.90 bis 4.50
- Elegante Beinkleider . . . von 5.— bis 8.50
- Bozener Mäntel, wasserdicht imprägniert . . . von 11.50 bis 28.—
- Pelerinen, wasserdicht imprägniert . . . von 6.75 bis 15.—
- Moderne Westen, einfarbig und bunt . . . von 2.50 bis 7.25
- Schul-Anzüge, grosse Auswahl . . . von 2.90 bis 5.—
- Elegante Knaben-Anzüge, sehr gr. Ausw. von 5.— bis 12.50
- Steife Hüte . . . von 2.65 bis 4.50
- Steifer Haar-Hut, garantiert . . . von 5.50 bis 6.75
- Mützen . . . von 45.¢ bis 2.75
- Einsatz-Hemden, waschecht . . . von 1.50 bis 4.50

Grössere Auswahl in Kragen, Manschetten, Krawatten von 25 Pfg. an bis 2.50, Socken von 20 Pfg. an bis 1.10, Normalwäsche, elegante Regenschirme von 2.50 bis 10.—, Stöcke von 45 Pfg. bis 2.75 usw.

**Berufskleider, grosse Auswahl.**  
**Mass-Stoffe nach Meterverkauf.**  
**Anfertigung nach Mass** unter Garantie für tadellosen Sitz  
**Gestrickte Kinder-Anzüge.** Reelle Bedienung.

Mein Geschäftsprinzip { Vom Guten das Beste  
 Grosser Umsatz  
 Kleiner Nutzen.

# Konfektionshaus „Merkur“

Ecke Haupt- und Gritznerstrasse. Besichtigen Sie meine 7 Auslagen.

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
 Verwaltungsstelle Karlsruhe.  
 Am Ostermontag, morgens 7 Uhr: 316  
**Familien-Ausflug**  
 durch den Wildpark nach Stutenfee. Zusammenkunft morgens punkt 7/7 Uhr am Hoftheater.  
 Die Heimfahrt erfolgt mit der Spät-Durmerdheimerbahn um 1 Uhr mittags.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Die Ortsverwaltung.

**Tüchtige Pressluft-Nieter u. Bauschlosser**  
 sofort gesucht.  
 Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe.

**Jung, tüchtig, Kellnerin**  
 nimmt Stelle zum Servieren für ständig auf sof. od. Anstufung an. Zu erfragen: Philippstr. 7, 1. St.

**Bucherer** empfiehlt

frisch gewässerte **Stocffische**  
 bekannter Güte  
 per Pfund 23 ~

**Durlacher Stolz**  
 (Margarine)  
 per Pfund 90 ~

**Bucherer**  
 in sämtlichen Filialen.

**Stubenvogel**  
 haben fast alle Vögel, welche nicht nur schön, sondern auch sehr geschäftlich sind; sie verursachen das Aussterben der Vögel, Katurche, Abkehrung der Vögel usw. Die Folge ist, daß ein guter Sänger nicht mehr liegt. Dieses ist zu befechten od. vorzubeugen. d. **Ertur-Vogelband** Sächsen 25 Pfg. Zu haben in den Drogen- u. Samenhandlungen.  
 Engros: G. Frohmüller Inh. F. R. Lasterer, Großh. Hofl., Karlsruhe Erbprinzenstr. 82. 125

**Wolfsputzer**, schön, sehr machsam, umständlich an sof. Leute billig zu verkaufen: S. Illmer, Aue 6, Durlach, Waldhornstr. 40  
**Dobermann** (weibl.), 1 1/2 Jahr alt, scharf u. machsam, als Hofhund zu verkaufen: Aue bei Durlach, Lindenstraße 13.  
 Schöne Betten m. Federb. 25 u. 40 Mk. Küchenkrant, Tisch, Pfeilerkommode, Regulator, Nähmaschine billig abgegeben. 231 Ludwig-Wilhelmstr. 18, Hof.  
**Brütlendes Huhn** zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe an F. Wächter, Reichenheim, Gebhardstr. 46, 8. St.

# Schuhwaren

Diese Woche **Extra-Preise!** Nur so lange Vorrat!

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <b>Kinder-Stiefel</b><br>Ziegenleder<br>von 18-22 Mk. <b>1<sup>50</sup></b><br>von 20-22 mit Fleck. Mk. <b>2<sup>00</sup></b>               | <b>Kinder-Stiefel</b><br>Ziegenleder<br>schwarz und braun<br>von 23-24 <b>2<sup>85</sup></b>   | <b>Kinder-Stiefel</b><br>Braun - Glanz - Ziegen<br>Breite Form, Lackkappe<br>von 22-34 <b>3<sup>00</sup></b><br>von 25-28 <b>3<sup>50</sup></b>           |
| <b>Kinder-Stiefel</b><br>Rosschevreaux m. Lackkappen<br>von 22-24 <b>3<sup>00</sup></b><br>von 25-26 <b>3<sup>50</sup></b>                  | <b>Kinder-Stiefel</b><br>breite Form, prima Kindbox<br>von 27-30 <b>5<sup>00</sup></b><br>von 31-35 <b>5<sup>50</sup></b>                              | <b>Gelegenheitskauf!</b><br><b>Braune Kinder-Stiefel</b><br>mit und ohne Lackkappen<br>von 28-30 <b>3<sup>50</sup></b><br>von 31-35 <b>3<sup>80</sup></b> |
| <b>Damen-Halbschuhe</b><br>Derby Lackkappen oder Knopfschuhe mit Lackkappen<br><b>8<sup>50</sup> 7<sup>50</sup> 6<sup>50</sup></b>          | <b>Damen-Halbschuhe</b><br>braun und schwarz, Box calf, mit Leder-Riemen, neueste amerikanische Fassung<br><b>Nur 10<sup>50</sup></b>                  | <b>Damen-Stiefel</b><br>Braun echt Chevreaux amerikanische Fassung mit und ohne Lackkappen<br><b>12.50 10.50 8.50 7<sup>50</sup></b>                      |
| <b>Herren-Stiefel</b><br>Braun, echt Chevreaux amerik. Façon mit u. ohne Lackkappen<br><b>10<sup>50</sup> 8<sup>50</sup> 7<sup>50</sup></b> | <b>Herren-Stiefel</b><br>verschiedene Ausführungen, breite und schlanke Fassung, mit und ohne Lackkappen<br><b>10.50 9.50 8.50 7.50 6<sup>80</sup></b> | <b>Damen-Stiefel</b><br>mit Pressfalten amerikanische Fassung mit und ohne Lackkappen<br><b>10.50 9.50 8.50 7.50 6.50 5.50 4<sup>95</sup></b>             |
- Goodyear-Welt Damen- und Herrenstiefel schwarz und farbig, neue Formen, solide Ausführung, ständige Preise Paar **18<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 12<sup>50</sup>**

# Schuh-Haus

**Emil Schwarz, Durlach, Hauptstraße Nr. 69**  
Allein-Verkauf der weltberühmten Herz-Schuhwaren.

**Auf Ostern** empfehle 213

Herren-, Damen und Kinder-Wäsche  
 Trikotasen  
 Kragen, Krawatten  
 Hosenträger  
 Schirme, Strümpfe  
 Handschuhe, Socken

Schürzchen, Kleidchen  
 Babywäsche  
 Strohhüte, Mützen  
 Südwester  
 Schulranzen, Geldbeutel  
 Gummi-Ballen  
 Galanterie und Spielwaren

Ein Posten Korsetts extra billig.

**Aug. Weber,** früher **Karlsruhe** Ecke **Marienstr. 83** Augartenstr.

**Rudolf Vieser** Eingang der Frühjahrs-Neuheiten 215

**KARLSRUHE** Kaiserstrasse 153.

Russenkittel von 80 Pfg. an  
 Kinderkleidchen „ 1.25 Mk. an  
 Kindermäntel „ 3.50 Mk. an  
 Sweater „ 50 Pfg. an  
 Sweater-Anzüge „ 1.50 Mk. an  
 Batist-Häubchen „ 65 Pfg. an  
 Südwester „ 70 Pfg. an

bis zu den elegantesten Ausführungen.